

Der Rurale Konsolidierungsstaat

Zur fiskalpolitischen Dauerkrise in kleinen, ländlichen Kommunen

Andreas Kallert & Simon Dudek

Zusammenfassung: Der Beitrag untersucht die finanzpolitischen Herausforderungen, vor denen kleine, ländliche Kommunen in Deutschland stehen. Dabei ist die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden generell sehr schwierig: Rekorddefizite und ein erheblicher Investitionsrückstand verdeutlichen die Probleme, die auch durch das Sondervermögen für Infrastruktur nicht gelöst werden. Der Beitrag basiert auf Streecks Konzept des »Konsolidierungsstaats«, das die Entwicklung vom Steuerstaat im Nachkriegszeitraum über den Schuldenstaat ab den 1970er Jahren hin zum Konsolidierungsstaat nach der Eurokrise beschreibt. Diese Entwicklung spiegelt sich auch auf der kommunalen Ebene wider, wo viele kleine Gemeinden und Städte unter erheblichem fiskalischem Druck stehen und Austeritätspolitik zum Alltag gehört. Im Rahmen eines Forschungsprojekts analysierten die Autoren die Schuldenhilfs- und Konsolidierungsprogramme von Kommunen unter 50.000 Einwohner*innen in fünf Bundesländern: Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Ihr methodisches Vorgehen kombiniert sowohl quantitative als auch qualitative Ansätze, einschließlich sozioökonomischer Analysen von Haushaltsdaten sowie der diskursiven Auswertung von Konsolidierungsverträgen und Expert*inneninterviews.

Ausgehend davon identifizieren die Autoren fünf zentrale Charakteristika eines »Ruralen Konsolidierungsstaats«: Erstens zeigt sich eine ungleiche wirtschaftliche Entwicklung, da ländliche Gemeinden häufig unter mangelnder wirtschaftlicher Dynamik und einer geringeren Steuerbasis leiden. Dies führt dazu, dass diese Gemeinden eher die Grundsteuer als die Gewerbesteuer erhöhen, um ihre Haushaltslöcher zu stopfen. Zweitens sind ländliche Kommunen politisch marginalisiert. Im politischen Diskurs spielen sie oft eine untergeordnete Rolle, was zu Frustration unter den Kommunalpolitiker*innen führt. Drittens sehen sich diese Gemeinden mit erheblichen infrastrukturellen Herausforderungen konfrontiert. Hohe Fixkosten für die weitläufigen Infrastrukturen in vielen Ortsteilen bei zugleich niedriger Bevölkerungsdichte führen zu erheblichen finanziellen Lasten. Viertens verfügen die kleinen Kommunen über geringe Verwaltungskapazitäten, da die begrenzten personellen und fachlichen Ressourcen die Fähigkeit zur Fördermitteleinwerbung einschränken. Schließlich wird fünftens der Aspekt des Community-Kapitalismus hervorgehoben, in dem das ehrenamtliche Engagement der Ein-

*wohner*innen in ländlichen Räumen eine zentrale Rolle für die Aufrechterhaltung vieler freiwilliger Leistungen spielt. Kürzungen in diesem Bereich gehen besonders zu Lasten der Engagierten und sorgen für Frust. Statt der gegenwärtigen Austeritätspolitik auf kommunaler Ebene betonen die Autoren die Notwendigkeit einer verlässlichen und ausreichenden Grundfinanzierung der Kommunen.*

1. Einleitung

Mit fast 25 Mrd. € Defizit im vergangenen Jahr verzeichneten die Kommunen in Deutschland ein Rekordminus. Als »desaströs« und »perspektivlos« beschrieb der Präsident des Deutschen Landkreistags die Lage kürzlich (tagesschau.de 24.7.2025). Bereits 2023 schrieben die Kommunen nach zuvor zehn Jahren des Überschusses rote Zahlen. Auffallend ist, dass die Krise der Kommunen mit Ausnahme von Thüringen flächendeckend auftritt. Darüber hinaus ist besorgniserregend, dass gerade in den finanzstarken Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen mit die höchsten Finanzierungssalden zu verzeichnen sind (Freier et al. 2025: 27). Zu dieser angespannten Lage der Kommunalfinanzen kommt ein wahrgenommener Investitionsrückstand in den Kommunen in einer Rekordhöhe von 216 Mrd. € hinzu (Raffer et al. 2025: 4). Das Sondervermögen Infrastruktur über insgesamt 500 Mrd. € wirkt bei näherer Betrachtung wie ein Tropfen auf den heißen Stein: So sind nur 100 Mrd. € Mehrausgaben über zwölf Jahre für die Länder vorgesehen, die hiervon 60 % an ihre Kommunen weiterleiten sollen – was nur rund 5 Mrd. € extra pro Jahr für alle Kommunen in Deutschland bedeutet und angesichts der Probleme deutlich unterdimensioniert ist.

Bereits vor rund 15 Jahren im Nachgang an die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise gab es ähnliche Herausforderungen: Damals waren vor allem die besonders problematischen Kassenkredite, die als Krisenindikator für kommunale Finanzprobleme gelten, in einigen Bundesländern sehr stark gestiegen und hatten eine Diskussion über Kommunalinsolvenzen und Zinsrisiken ausgelöst (Brand 2013). Politisch reagierten neun von 13 Flächenbundesländern, indem sie spezielle Schuldenhilfs- und Konsolidierungsprogramme für ihre ver- und überschuldeten Kommunen auflegten (Kallert/Dudek 2023: 63f.). Auf diese Weise wurden rund 17 Mrd. € mobilisiert und die Kassenkreditverschuldung deutlich reduziert. Allerdings kam diese Hilfe nicht ohne einen Preis: Im Gegenzug mussten die Kommunen ihre Haushalte konsolidieren, was konkret bedeutet, dass sie Steuern und Gebühren erhöhen sowie Ausgaben senken. Die Folgen dieser Austeritätspolitik auf kommunaler Ebene etwa auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Lebensverhältnisse sind bislang vor allem für städtische Zusammenhänge untersucht worden (u. a. Bertelsmann Stiftung 2015). Allerdings stellt dieser Umstand eine »nicht zu vernachlässigende Lücke« und »vielleicht größte Schwäche der bisherigen Empirie« dar, da besonders die sehr klei-

nen Gemeinden nicht den üblichen Konsolidierungsmustern folgen würden (Zabler 2021: 48).

Die Spezifika der Konsolidierung in eben jenen, kleinen und ländlichen Kommunen wollen wir im Folgenden mit dem Konzept des *Ruralen Konsolidierungsstaats* greifbar machen. In Kapitel 2 zeigen wir hierfür unseren theoretischen Hintergrund des *austerity urbanism* auf, von dem aus wir auf den *Ruralen Konsolidierungsstaat* überleiten. Kapitel 3 kontextualisiert die Schuldenhilfs- und Konsolidierungsprogramme im Rahmen unseres Forschungsprojekts, bevor wir in Kapitel 4 die fünf Charakteristika des *Ruralen Konsolidierungsstaats* anhand unserer Empirie aus den Bundesländern Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland illustrieren. Im Fazit möchten wir schließlich Perspektiven für bessere Kommunal Finanzen anreißen.¹

2. Theoretischer Zugang

In Deutschland gewannen die prekären Kommunal Finanzen im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 an Brisanz. Damals stiegen die Staatsverschuldungsquoten aufgrund der kostspieligen Bankenrettungen stark an. Diese Staatsschuldenkrise wurde schließlich in eine allgemeine Krise der öffentlichen Haushalte mit nachfolgender Austeritätspolitik transformiert, die sich zur »dominant global wisdom for addressing the ›problem of public debt« entwickelte (Clarke/Newman 2012: 300).

Streeck (2013) interpretiert die jüngste Austeritätswelle nach der Finanzkrise ebenfalls als eine Reaktion auf steigende Staatsverschuldung und schwindendes Vertrauen der Finanzmärkte in die Kreditwürdigkeit öffentlicher Schuldner. Er unterscheidet diesbezüglich drei Phasen westlicher Staatlichkeit: erstens den Steuerstaat der Nachkriegsjahrzehnte mit hohem Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen, die den Ausbau der Infrastruktur ermöglichten; zweitens den Schuldenstaat ab den 1970er Jahren, der infolge stagnierenden Wachstums und sinkender Einnahmen verstärkt auf Schuldenaufnahme an den Kreditmärkten angewiesen war, um öffentliche Leistungen aufrechtzuerhalten; drittens den Konsolidierungsstaat als Reaktion auf die Eurokrise, in der viele Regierungen Austeritätsmaßnahmen einführten, um ihre Kreditwürdigkeit zu sichern. Während die Eurokrise vor allem die Kreditwürdigkeit südeuropäischer Staaten betraf,

1 Das Projekt »Die Ausgestaltung von Schuldenhilfen für finanzschwache, kleine Kommunen in Deutschland« (2022–2026, Projektnummer 507273414) wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert. Wir danken unseren studentischen Hilfskräften Charlie Busch und Laura Scheler sowie allen Interviewten in den Kommunen für ihre Zeit und die Bereitschaft, ihre Expertise und Erfahrung mit uns zu teilen.

wuchsen in Deutschland Zweifel an der Kreditwürdigkeit überschuldeter Kommunen (Person/Geißler 2020: 208). Als Antwort wurden hierzulande Programme zur Schulden- und Konsolidierungshilfe eingeführt, die jedoch strikte Sparauflagen beinhalteten.

In der (kritischen) Geographie wird die kommunale Austeritätspolitik durch die Forschung zum *austerity urbanism* nach der Finanzkrise 2007ff. behandelt, die die Auswirkungen verschärfter neoliberaler Politiken auf Städte als »receiving end of austerity politics« untersucht (Peck 2012: 634). Austeritätspolitik verstärkt räumliche Ungleichheiten, da Sparmaßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit finanzschwacher Städte beeinträchtigen, indem sie die Belastungen für Unternehmen und Bewohner*innen erhöhen und sich negativ auf den Zustand der Infrastruktur auswirken. Dies verringert ihre Attraktivität als Wohn- und Arbeitsorte. Die Austeritätspolitik fördert zudem neoliberale Ansätze wie Privatisierungen und Public-Private-Partnerships (Heeg/Rosol 2007; Leuhn 2010), weswegen Austerität vorrangig als finanzpolitische Krisenstrategie und als politisches Projekt des Neoliberalismus verstanden wird (Petzold 2018: 60).

Der Begriff *austere federalism* von Peck (2012: 632) beschreibt, wie politische, soziale und ökologische Kosten der Austerität von der nationalen auf die kommunale Ebene verlagert werden. Diese skalare Verschiebung führt dazu, dass Kommunen als unterste Ebene zunehmend Verantwortung, Kosten und Risiken der Finanzkrise tragen, wodurch strukturelle Veränderungen in den Kommunalhaushalten stattfinden: Der Austerität ist damit auch auf kommunaler Ebene

»eine Tendenz zur laufenden Verringerung des Anteils diskretionärer, politisch ungebundener, flexibler Ausgabenposten sowie zu einem entsprechenden Anstieg des Anteils politisch nicht disponibler Ausgaben fest eingebaut« (Streeck/Mertens 2010: 12).

Unser Beitrag konzentriert sich auf kleine Gemeinden und Städte in ländlichen Räumen, da die Forschung zu Austerität oft urbane Gebiete fokussiert und Austerität gar als »a particular urban phenomenon« betrachtet (Donald et al. 2014: 13). Diese Forschungslücke nehmen wir zum Anlass, um die Spezifika der Konsolidierung in ländlichen Räumen zu konzeptualisieren (siehe hierzu detailliert: Kallert/Dudek 2025). Unter dem *Ruralen Konsolidierungsstaat* – in Anlehnung an Streecks Konsolidierungsstaat auf nationaler Ebene – verstehen wir fünf zentrale Spezifika: (1) ungleiche räumliche Entwicklung zwischen urbanen und ländlichen Räumen; (2) politische Marginalisierung ländlicher Räume; (3) infrastrukturelle Herausforderungen aufgrund vieler Ortsteile und großer Fläche; (4) geringe Verwaltungskapazitäten in kleine Kommunen und (5) *Community-Kapitalismus* mit einer großen Abhängigkeit von Ehrenamtsarbeit. Unsere folgende Analyse zeigt, wie sich der *Rurale Konsolidierungsstaat* im deutschen Kontext entfaltet.

3. Forschungsdesign

Die Schuldenhilfs- und Konsolidierungsprogramme der Bundesländer für finanzschwache Kommunen unterscheiden sich u. a. in deren Umfang, Teilnahmekriterien, Zielen und Mittelherkunft (vgl. Kallert/Dudek 2023: 164). Grundlage für den vorliegenden Beitrag sind die Analysen der folgenden Programme in fünf Bundesländern: (1) die seit 2012 laufenden Stabilisierungshilfen in Bayern mit 193 teilnehmenden Kommunen; (2) der Kommunale Schutzschirm in Hessen zwischen 2012 und 2020 mit 86 teilnehmenden Kommunen; (3) der Stärkungspakt Stadtfinanzen in NRW zwischen 2011/2 und 2020 mit 62 Programmteilnahmen; (4) der Kommunale Entschuldungsfonds in Rheinland-Pfalz von 2012 bis 2026 mit 830 teilnehmenden Kommunen und (5) der Kommunale Entlastungsfonds im Saarland mit 35 Teilnahmen. Während Hessen, NRW, Rheinland-Pfalz und Saarland für ihre stark verschuldeten Kommunen bekannt sind, trifft dies auf Bayern als finanzstarkes Bundesland kaum zu. Allerdings ist der Freistaat von starken räumlichen Disparitäten geprägt und insbesondere die peripheren Kommunen im Norden und Osten sind von Finanzschwäche gekennzeichnet. All diesen Programmen ist gemein, dass sie stark konditional ausgelegt sind: Im Gegenzug für die Hilfen mussten die Kommunen in Konsolidierungsverträgen mit ihren Bundesländern Sparmaßnahmen und/oder Steuererhöhungen festlegen.

Auf Basis der Forschungslücke fokussiert sich der vorliegende Beitrag auf kleine Kommunen unter 50.000 Einwohner*innen, sodass wir insgesamt knapp 1.200 Kommunen unter Konsolidierungsdruck in den Blick nehmen. Methodisch gingen wir in drei Schritten vor: Erstens analysierten wir die von 960 Kommunen zur Verfügung gestellten Konsolidierungsverträge mit ihren rund 9.500 Konsolidierungsmaßnahmen entlang der betroffenen Politikfelder (z. B. Finanzen, Sport, Brandschutz). Zudem erfassten wir alle Konsolidierungsverträge in MAXQDA und werteten sie diskursiv aus. Zweitens nahmen wir statistische Auswertungen von sozioökonomischen und haushälterischen Daten vor, um Konsolidierungserfolge, aber auch wachsende Disparitäten identifizieren zu können. Drittens führten wir während zehn Feldaufenthalten 55 semi-strukturierte Expert*inneninterviews mit Akteur*innen aus Kommunalpolitik/-verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Diese sowohl quantitativen als auch qualitativen Analysen erlauben uns, die Schwerpunkte der Sparmaßnahmen und damit auch die Betroffenheit von kommunaler Austerität zu identifizieren. Darüber hinaus ermöglicht die Diskursanalyse der Konsolidierungsverträge sowie der geführten Gespräche, die spezifischen Strategien im Umgang mit kommunaler Finanzschwäche und deren gesellschaftlichen Folgen herauszuarbeiten.

4. Forschungsergebnisse: Aspekte des Ruralen Konsolidierungsstaats

Im Folgenden illustrieren wir die fünf Charakteristika des *Ruralen Konsolidierungsstaats* anhand unserer empirischen Befunde aus den untersuchten Bundesländern. Dabei werden konzeptionelle Einsichten mit den Ergebnissen unserer Feldforschung zusammengeführt, um zentrale Muster und Dynamiken kommunaler Konsolidierung in ländlichen Räumen zu illustrieren.

(1) Ungleiche Entwicklung

Die wirtschaftliche Struktur ländlicher Kommunen unterscheidet sich deutlich von der urbaner Zusammenhänge. Dies lässt sich zuvorderst auf fehlende Agglomerationseffekte in ländlichen Räumen zurückführen. Während Städte durch räumliche Konzentration von Skaleneffekten, spezialisierten Arbeitsmärkten und dichten Zuliefernetzwerken profitieren, die Produktivität und Innovation fördern (Harvey 1985: 14), fehlt ländlichen Gemeinden diese Dynamik zumeist. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) eignet sich besonders zur Darstellung ungleicher räumlicher Entwicklungsprozesse, da es als zentraler Indikator die regionale Wertschöpfung und damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Gebietseinheit misst und so Unterschiede in Produktivität und Einkommensniveau sichtbar macht.

In Tabelle 1 wird die Entwicklung des BIP pro Person seit 1995 unterschieden zwischen ländlichen und nicht-ländlichen Kreisen bzw. kreisfreien Städten in den fünf untersuchten Bundesländern dargestellt. Während das BIP im Zeitverlauf überall gestiegen ist, sind die Ergebnisse hinsichtlich der Differenz zwischen ländlichen und nicht-ländlichen Räumen nicht eindeutig: In Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz weisen die BIP-Daten auf wachsende wirtschaftliche Disparitäten zwischen Stadt und Land hin. In Nordrhein-Westfalen und dem Saarland lässt sich hingegen eine leichte Annäherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zwischen ländlichen und städtischen Räumen feststellen. Eine mögliche Erklärung dafür ist die vergleichsweise hohe Konzentration altindustrieller Standorte in den Städten der beiden Bundesländer, deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch Deindustrialisierung zurückgeht und die sich damit den ländlichen Räumen annähern.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt in 1.000 € pro Person auf Kreisebene. Entwicklung in ländlichen und nicht-ländlichen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten, 1995–2020

Bundesland	Raumstruktur des Kreises	1995	2000	2005	2010	2015	2020	Veränderung der Differenz 1995–2020
Bayern	ländlich	21,3	24,0	26,5	30,9	36,6	40,7	+ 6,8
	nicht ländlich	28,2	34,3	37,2	41,5	50,3	54,5	
	Differenz	6,9	10,3	10,7	10,6	13,7	13,7	
Hessen	ländlich	19,0	21,3	23,6	26,1	30,2	32,8	+ 3,5
	nicht ländlich	30,2	34,8	37,3	39,4	43,7	47,5	
	Differenz	11,2	13,4	13,8	13,3	13,6	14,7	
Nordrhein-Westfalen	ländlich	20,2	21,6	22,9	26,1	31,0	35,1	- 0,4
	nicht ländlich	23,5	25,9	27,9	30,7	34,5	38,1	
	Differenz	3,4	4,3	5,0	4,6	3,6	3,0	
Rheinland-Pfalz	ländlich	17,9	19,7	21,0	23,9	28,0	31,0	+ 2,6
	nicht ländlich	26,2	29,2	31,0	34,9	40,1	41,7	
	Differenz	8,2	9,6	10,0	11,0	12,0	10,8	
Saarland	ländlich	18,8	21,4	23,9	26,7	30,3	31,7	- 0,3
	nicht ländlich	22,1	23,5	26,9	28,4	33,0	34,7	
	Differenz	3,3	2,2	2,9	1,7	2,7	3,0	

Quelle: eigene Berechnung; Datengrundlage: BBSR (in.kar.de); Thüringen-Institut (landatlas.de).

Für Deutschland zeigt Vesper (2015: 30) zudem, dass größere Städte höhere Einnahmen aus der Gewerbesteuer erzielen, während kleinere Gemeinden stärker von Gemeinschaftssteuern wie der Einkommen- und Umsatzsteuer abhängen. Entsprechend unterscheidet sich die Gewerbesteuergrundlage in ländlichen Räumen deutlich von jener in urbanen Zentren. Diese ungleiche materielle Basis führt in Verbindung mit einer (marktwirtschaftlichen) strukturellen Selektivität (Jessop/Sum 2006: 98) dazu, dass die kommunalen Konsolidierungspolitiken Erhöhungen der Grundsteuer gegenüber Gewerbesteuererhöhungen priorisieren. Tabelle 2 verdeutlicht dies: Mit Ausnahme Bayerns, das allgemein von vergleichsweise niedrigen Realsteuerhebesätzen geprägt ist, konsolidieren kleinere Kommunen in allen untersuchten Bundesländern deutlich stärker über Grundsteuererhöhungen als über Anpassungen der Gewerbesteuer.

*Tabelle 2: Prozentualer Anteil der Eigenbeiträge aus den Konsolidierungsmaßnahmen in Kommunen unter 50.000 Einwohner*innen nach Maßnahmentyp*

Maßnahmentyp	Bayern	Hessen	NRW	RP	Saarland
Erhöhung Grundsteuern	10,6 %	20,9 %	36,9 %	30,3 %	15,1 %
Erhöhung Gewerbesteuer	10,6 %	15,3 %	17,0 %	11,2 %	9,7 %
Optimierung von Gebühren, Beiträgen, Verträgen, Satzungen	23,8 %	14,0 %	6,3 %	8,9 %	10,3 %
Reorganisation und Optimierung	15,9 %	8,6 %	6,2 %	7,4 %	9,6 %
Abbau von Standards, Zuschüssen, Leistungen	12,7 %	9,7 %	8,8 %	2,7 %	15,2 %
Abbau von Flächen, Standorten, Einrichtungen	9,9 %	1,4 %	4,2 %	22,2 %	2,5 %
Zinsersparnis	6,9 %	5,2 %	6,2 %	0,1 %	n.a.
Erträge aus Erneuerbaren Energien	0,5 %	2,6 %	0,0 %	1,2 %	4,2 %
Beiträge von Beteiligungen, Konzessionen	0,1 %	2,2 %	4,8 %	1,1 %	4,8 %
Stellenabbau	6,6 %	3,9 %	7,3 %	6,6 %	28,5 %
Sonstige Maßnahmen	2,8 %	16,2 %	2,4 %	8,4 %	0,1 %

Quelle: Kallert/Dudek 2024: 190.

(2) Politische Marginalisierung

Ländliche Kommunen sind durch den Paradigmenwechsel in der Raumordnung (Brenner 2004) benachteiligt. Die aktuelle Raumpolitik setzt auf standortspezifische Programme zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und fokussiert sich dabei vorrangig auf Infrastrukturprojekte in Städten und Metropolregionen, um deren Position im globalen Wettbewerb zu stärken. Diese wachstumsorientierten Regionalpolitiken (Barlösius 2009: 23) fördern die Zentralisierung von Produktivität, Innovation und Infrastruktur in urbanen Zentren. Infolgedessen kommt es zu einem schrittweisen Bedeutungsverlust (Royer/Leibert 2024: 223) und einer politischen Marginalisierung (Rodríguez-Pose 2018) ländlicher Räume. Ein Gesprächspartner bemängelt entsprechend »Klientelpolitik für die Großstadt« und nennt das 9-Euro-Ticket als Beispiel: »Wenn ich keinen Bus hab' und keinen Zug, was nutzt mir das?« (# W-5)² Während Städte als bedeutsame ökonomische und politische Akteure aufgefasst werden, fehlt kleinen Kommunen oft der politische Einfluss auf Landes- und Bundesebene: »Genau, das ist der fehlende Einfluss, weil zu klein und unbedeutend im Konzert.« (# ZG-29)

Angeprangert wird zudem, dass in Großstädten sowie auf Bundes- und Landesebene Millionen- und Milliardensummen beschlossen werden, während es in kleinen Kommunen selbst an Kleinstbeträgen beispielsweise für ein iPad für eine ehrenamtliche Stadtbürgermeisterin mangelt: »Also die Verhältnisse passen da irgendwo nicht.« (# KW-48)

Das Nichtgehörtwerden der kleinen Kommunen macht sie besonders anfällig für harte Konsolidierungsmaßnahmen (Brand 2013: 90). So kritisiert ein Ex-Bürgermeister die Empfehlung, doch das örtliche Hallenbad zu schließen oder die Grundsteuer stark zu erhöhen: »die [Empfehlung] kann ich nur machen, wenn ich in Wiesbaden sitze und in der Stadt ein Hallenbad von fünf geschlossen wird« (# KP-16). Eine solche de facto Alternativlosigkeit in der Konsolidierung werde auf den oberen Ebenen nicht gesehen: »Dieses Knebeln dieser kommunalen Ebenen, auch gerade aus dem Land nach runter geknebelt, auf die Kommunen abgewälzte Unmöglichkeit der Dinge, die sind gar nicht mehr tragbar.« (# KP-48) Als »arme Würstchen« (# KW-52) in Dörfern, die »gar nicht auf der Landkarte« existieren (# ZG-15), sehen sich die Akteure: »An uns denkt doch kein Mensch.« (# ZG-15) Die Städte seien einfach »politisch interessanter. Die vertreten ja eine viel größere Wählergruppe als Kleinere.« (# KW-52) In diese Stoßrichtung passt auch ein häufig geäußerter Vorwurf, wonach im kommunalen Finanzausgleichssystem die Menschen in Städten mehr zählen würden als in den Dörfern:

2 Die Interviewkürzel geben Aufschluss über die Rolle der Interviewten: W steht für Wirtschaft, KW für Kommunalverwaltung, KP für Kommunalpolitik und ZG für Zivilgesellschaft.

»Einwohnerveredelung.³ [...] Warum ist da der Bürger mehr wert als hier? [...] Warum wird dann gesagt, in der Großstadt habe ich das 1,5-fache, wobei wir [...] über die Fläche ja tatsächlich eigentlich eine höhere Beanspruchung haben?« (# KW-42)

Im Ergebnis drückt sich diese politische Marginalisierung in Demütigung und politischer Frustration aus, die angesichts der miesen Kommunalfinanzen insbesondere bei den verantwortlichen Kommunalpolitiker*innen auftritt: »Wir wollen eigene Einnahmen generieren. Ich will nicht andauernd betteln gehen und sagen, Mensch, bitte, bittet, bitte. Das ist auch für das Selbstwertgefühl absolut scheiße.« (# KP-13)

(3) Infrastrukturelle Herausforderungen

Ländliche Kommunen weisen oft strukturelle Besonderheiten auf, darunter eine geringe und teils rückläufige Bevölkerungszahl aufgrund von Abwanderung in städtische Zentren (Cilek et al. 2025) sowie eine niedrige Bevölkerungsdichte. Zudem bestehen sie häufig aus zahlreichen kleineren Ortsteilen. Ein ehemaliger Bürgermeister in Hessen illustriert diesen Umstand anhand von Überlegungen zu Gemeindezusammenlegungen: »Wir haben zehn Ortsteile, S. hat 16 Ortsteile und R. hat sieben Ortsteile. [...] S. ist noch größer von der Fläche, wir haben 60 Quadratkilometer und R. hat ähnlich viel. Das ist in anderen Bereichen ein Landkreis.« (# KP-16) In Flächengemeinden entstehen demnach auch höhere kommunale Kosten für die Bereitstellung von Infrastrukturen wie Brandschutz oder Kanal pro Kopf im Vergleich zu dicht besiedelten Gebieten. »Wir haben einfach nur schlechte Voraussetzungen«, beschreibt ein Gesprächspartner diesen nicht selbstverschuldeten Umstand (# ZG-43).

Der Austeritätsdruck verstärkt die Prekarisierung der ländlichen Infrastruktur (Barlösius et al. 2011) und kann zu einer Einschränkung oder gar Einstellung essenzieller Dienstleistungen führen, wie es auch ein Kämmerer im Saarland schildert:

»[J]ede Menge Fläche und jede Menge Ortsteile. Das ist extrem schwierig. Die Straßen sind halt nun mal da, die Feuerwehr ist da, die ganzen Bürgerhäuser, wo fängst du an? Die Kosten sind halt da und du kriegst sie irgendwie über den Kommunalen Finanzausgleich nicht adäquat honoriert.« (# KW-35)

Zudem steigen die Kosten für die Bevölkerung, da Gebührenerhöhungen als eine Konsolidierungsmaßnahme herangezogen werden: »Aufgrund der topographischen Struktur sind wir eigentlich immer einer der Kommunen in NRW, die mit die

3 Zur Einwohnerveredelung siehe auch den Beitrag von Hesse/Starke in diesem Band.

höchsten Abwassergebühren haben«, denn »Gebühren gehen vor Steuererhöhungen« im Konsolidierungsfall, wie es ein Kämmerer ausdrückt (# KW-39). Zudem wurde und wird an Investitionen gespart, sodass die »ganze Zurückstellerei« die Kommunen jetzt einhole, so eine Bürgermeisterin (# KP-39). Negative demographische Entwicklungen verschärfen die Problematik, denn: »Wir sind von den Einwohnern weniger geworden. Wir haben natürlich aber immer noch den gleichen Sanierungsaufwand.« (# W-9)

(4) Geringe Verwaltungskapazitäten

Kleine Kommunen verfügen über weniger Verwaltungspersonal als Städte, sodass Einsparungen durch Personalabbau nur schwer umzusetzen sind, wie es eine Bürgermeisterin schildert: »Das tut vielleicht in der Stadt Köln nicht so weh, wenn sie mal fünf Stellen nicht besetzen, [...] bei uns schließen sie damit eine ganze Abteilung.« (#KP-39) Dies lässt sich auch an der Auswertung der Konsolidierungsverträge festmachen: Die kleinen Kommunen können oftmals gar nicht Stellen streichen, da sie nur sehr wenige hauptamtliche Mitarbeiter*innen haben. So trägt der Stellenabbau in Rheinland-Pfalz und Bayern, die viele kleine Gemeinden haben, nur jeweils 6,6 % zur Gesamtkonsolidierung bei. In NRW konsolidieren sich die Stärkungspakt-Kommunen unter 50.000 Einwohner*innen zu 7,2 % im Vergleich zu 15,4 % aller Stärkungspakt-Kommunen über Stellenabbau – in (Groß-)Städten ist demnach das Konsolidierungsmuster stärker von Stellenkürzungen geprägt (Kallert/Dudek 2023: 189ff.). Zudem lässt sich die Qualifikation des Personals in diesen Kommunen mit dem Schlagwort »Generalisten statt Spezialisten« (Raffer et al. 2021) zusammenfassen. Aus einer saarländischen Kommune berichtet uns ein Verwaltungsmitarbeiter:

»Das ist halt so, dass wir hier sitzen und haben vier Sachgebiete oder fünf Sachgebiete abzudecken. Und andere, die sind spezialisiert beim Land oder bei größeren Einheiten, die machen nur eins, die sind natürlich total fit, aber wir sind eigentlich die Mädchen für alles.« (# KW-30)

Während größere Einheiten Spezialist*innen für Fördermittel, Vergaberecht und Architektur beschäftigen können, fehlt dieses fachliche Spezialwissen zur Bewältigung komplexer Förderprogramme, Infrastrukturprojekte oder anderweitiger Aufgaben in kleinen Verwaltungen (Lobao/Adua 2011: 422):

»Ich habe zum Beispiel die Digitalisierung für beide Grundschulen gemacht und habe von Digitalisierung null Ahnung. [...] Wörter, die habe ich in meinem Leben noch nie gehört. Und das ist schon frustrierend.« (# KW-30)

Das fehlende Wissen in der eigenen Verwaltung muss dann häufig extern und teuer zugekauft werden, wenn beispielsweise für Förderanträge Ingenieurbüros notwendig sind, »die die Gelder einfach abschöpfen« (# ZG-14). Hinzu kommt die Problematik, dass ein »regelrechter Personalklau untereinander« (# KP-33) stattfindet: Die zahlungspotenteren größeren Einheiten (Städte, Kreise, Land) werben die in kleinen Kommunen ausgebildeten Fachkräfte mit höherer Bezahlung ab. Kürzungen bei Weiterbildungen können bestehende Qualifikationsdefizite weiter verschärfen und die Verwaltungskapazität zusätzlich einschränken. In den Gesprächen wird uns entsprechend sehr häufig eine Überforderung der Verwaltungen geschildert, da

»wir ja die gleiche Aufgabenfülle wie die Stadt Frankfurt mehr oder weniger zu leisten [haben], hier nur mit zwölf Mitarbeitern in der Verwaltung. Die Anforderungen sind aber die gleichen.« (# KP-24)

In Bezug auf Fördermittel kommt hinzu, dass Förderprojekte häufig einen geringen Umfang haben und damit ein ungünstiges Verhältnis von Aufwand-Nutzen entsteht:

»Also in so einer kleinen Verwaltung. [...] Das steht doch hier in gar keinem Verhältnis. Eine große Kommune, [...] wo das Projekt dann eben nicht 100.000 Euro ist, sondern 5 Millionen. Da ist dann die Relation des Arbeitsaufwands anders. [...] Das ist doch bei mir ganz anders. [...] Wir reden hier manchmal von Fördersummen von 5, 10, 15.000 Euro. Da kann ich doch nicht 7.000 Euro Arbeitszeit reinstecken.« (# KP-21)

(5) Community-Kapitalismus

Soziostrukturell zeichnen sich ländliche Kommunen durch eine hohe Bereitschaft zu freiwilligem Engagement und Selbstorganisation aus (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2025). Dieses soziale Potenzial stellt eine wertvolle Ressource für die Entwicklung der Kommunen dar (Lundgren/Nilsson 2023). So werden viele sogenannte freiwillige Leistungen durch ehrenamtliche Arbeit am Laufen gehalten. Dies betrifft nicht nur bekannte Beispiele wie Feuerwehr oder Sportvereine, die Brandschutz, technische Hilfeleistungen und Sportangebote sicherstellen und zudem in ländlichen Räumen die zentralen Institutionen der Jugendarbeit darstellen. Auch Freibäder, Museen, Spielplätze, Grünbeete, Dorffeste, oder Bürgerbusse sind in vielen der von uns aufgesuchten finanzschwachen Kommunen ohne Ehrenamtsarbeit nicht (mehr) möglich. Beispielsweise haben viele Ortsgemeinden in Rheinland-Pfalz »sogenannte Rentner-Gangs, die sich dann ein oder zwei Tage in der Woche treffen und mal die Bank neu streichen oder sonst was« (# KW-48). Die Arbeit für die Gemeinschaft wird dabei als Selbstverständlichkeit

empfundener: »Andere züchten Tauben. Wir jäten Unkraut.« (# ZG-2) Teils gibt es extra »Fonds«, in die politische Mandatsträger*innen und Fraktionen ebenso wie andere Spender*innen einzahlen, um Maßnahmen zu unterstützen: »Die Gemeinde darf es nicht. Das ist wieder eine freiwillige Leistung von jenseits von Gut und Böse«, so die Begründung für einen solchen Fonds (# ZG-14). Allerdings sind diese ehrenamtlichen Strukturen weniger stabil als professionalisierte Angebote. Ihre langfristige Lebensfähigkeit, auch im Sinne eines *Community-Kapitalismus* (van Dyk 2018), hängt von kommunaler Unterstützung und der Verfügbarkeit geeigneter Infrastrukturen ab. Durch Sparmaßnahmen geraten diese Rahmenbedingungen zunehmend unter Druck, wodurch ländliche Gemeinschaften besonders anfällig für Kürzungen bei freiwilligen Aufgaben sind, »wo dann die Daumenschrauben immer enger gedreht werden, bis nahezu nichts mehr geht« (# ZG-47). Auf ein »absolute[s] Minimum« seien die freiwilligen Leistungen »runtergefahren«, so ein rheinland-pfälzischer Kämmerer (# KW-52).

Bei den freiwillig Engagierten führen die Kürzungen vielfach zu Frust, »Unzufriedenheit« (# KW-52) und einer »tollen Missstimmung« (# KP-16). Die Folge: »Die Ehrenämtler fallen weg« (# KP-48) und »keiner [ist] mehr bereit, sich irgendwo zu engagieren« (# KW-52). Die kommunalen Unterstützungen werden dabei weniger von der materiellen Notwendigkeit her betrachtet, sondern vor allem als eine »Frage der Wertschätzung« (# KP-46) angesehen:

»Ja, das sind dann so Kleinigkeiten [...] man muss für die Bar noch mal eine extra Miete bezahlen. Wo man dann sagt: Hey, wir machen so viel für den Ort, gebt uns doch einfach mal die Bar. Das ist ein Stückchen Holz. Da geht es nicht um diese [...] 50 Euro. Sondern das ist so ein Symbol.« (# ZG-11)

Betont wird auch vielfach, dass es sich um zumeist sehr geringe Beträge handelt – »wirklich Peanuts« (# KP-34) –, die »bezogen auf das Gesamthaushaltsvolumen ein Witz [sind], selbst wenn wir die alle streichen würden. Da käme nichts bei rum.« (# KW-48) Entsprechend unpopulär sind solche Kürzungen, da sie kaum zur Haushaltskonsolidierung beitragen, aber nichtsdestotrotz vielfach aufgrund der restriktiven und austeritären Bedingungen der Schuldenhilfsprogramme umgesetzt werden müssen. Es sind paradoxerweise gerade die Kleinstbeträge, mit denen die Kommunen gegenüber Kommunalaufsicht und Land ihren Konsolidierungswillen unterstreichen können:

»Und wenn man dann noch irgendwie findet, da sind noch 50 Euro, ich weiß nicht für was, und sagen kann, ja, diese 50 Euro, die sparen wir jetzt auch noch ein, dann ist das immer nochmal so ein Zeichen an die Aufsicht, okay, die versuchen es wirklich.« (# KP-24)

Gerade dieses »Auspressen der Zitrone«, wie es die Kommune H. schildert (HKK 2018: 3), in den Konsultationen mit der Kommunalaufsicht und dem Land wird als Demütigung empfunden:

»Wir kamen uns vor, dass wir nicht unter den Tisch manchmal gekrochen sind, das war alles. [...] Kommunale Selbstverwaltung. Schönen Dank die Damen und Herren.« (# KP-23)

Eine Folge einer solchermaßen aufgezwungenen Austeritätspolitik sind die Anfeindungen gegenüber den zumeist ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitiker*innen: »Wir sind Blitzableiter. Die wissen, wie wir heißen, die wissen, wo wir sind, wo wir zu finden sind.« (# KP-39)

Nichtsdestotrotz bleiben die Kommunen im Rahmen ihrer stark begrenzten Möglichkeiten der Unterstützung des Ehrenamts verpflichtet. Nicht zuletzt möchte man in Zeiten des Rechtsrucks nicht nachgeben:

»[M]an sagt, okay, wir wollen denen [der AfD] keinen Platz machen. [...] [W]ir wollen den Platz nicht freimachen dann für gewisse politische Strömungen.« (# KW-52)

Auch wenn Aufgeben für die Ehrenamtlichen keine Option ist, die Einschätzung ist nicht immer optimistisch:

»Wir müssen die Infrastruktur aufrechterhalten, um diesen Rechtsruck, um dieser Radikalisierung zu begegnen. Manches können wir mit Eigenmitteln einfach nicht leisten. [...] Das ist der Nährboden für Radikalismus. Da haben wir nichts entgegenzusetzen.« (# ZG-14)

Zum Ausdruck kommen darin eine Hilflosigkeit und ein Gefühl des alleingelassen Werdens.

5. Fazit

Im vorliegenden Beitrag haben wir den *Ruralen Konsolidierungsstaat* herausgearbeitet, um erstens die Spezifika der Konsolidierung kommunaler Haushalte in ländlichen Räumen (im Kontrast zu urbanen Räumen) zu erfassen, zweitens die Folgen von Austerität auf Zivilgesellschaft, Gewerbe und Kommunalpolitik in ländlichen Räumen zu analysieren und drittens die Lücken der bisherigen Austeritätsforschung hinsichtlich ländlicher Räume zu schließen. Konkret benennen wir fünf Charakteristika: ungleiche wirtschaftliche Entwicklung, politische Margi-

nalisation auf Landes- und Bundesebene, hohe Infrastrukturkosten, geringe Verwaltungskapazitäten und *Community-Kapitalismus*.

Die konkrete Ausgestaltung des *Ruralen Konsolidierungsstaats* in anderen (sub-)nationalen Kontexten variiert dabei je nach Ausprägung des Föderalismus, des Gemeindefinanzsystems, politischer Traditionen oder der Bedeutung des Ehrenamts in der Gesellschaft. Jedoch bringt Ländlichkeit unabhängig von diesen Rahmenbedingungen bestimmte strukturelle Bedingungen mit sich – etwa eine geringe Steuerbasis, geringere Wirtschaftsdichte und eingeschränkte Mobilität von Unternehmen und Einwohner*innen –, die abgesehen von Einzelfällen die Fiskalstruktur kleinerer Kommunen prägen.

Betont werden muss, dass die mit dem *Ruralen Konsolidierungsstaat* einhergehenden Peripherisierungsprozesse keine Einbahnstraße sind: Wir haben in unserer Feldforschung auch Kommunen kennengelernt, die nach Jahren strenger Konsolidierung den Abwärtstrend stoppen konnten. Sie verfügen dank umfangreicher Fördermittelakquise über eine gute Infrastruktur und verzeichnen auch deshalb Zuzug. Auf der anderen Seite stehen jedoch Kommunen, deren Einwohner*innenzahlen stagnieren oder gar sinken und die anhaltenden Peripherisierungsprozessen aus Finanznot, Infrastrukturmängeln, steigenden Belastungen und Wirtschaftsschwäche ausgesetzt sind.

Die derzeitige Dramatik der Kommunalfinanzen droht jedoch auch die hart erkämpften Erfolge in den Konsolidierungskommunen zunichtezumachen. Die Schuldenhilfsprogramme und die damit einhergehenden Konsolidierungszwänge helfen nur punktuell und lindern einige Symptome – die grundlegenden Probleme, die chronische Unterfinanzierung besonders der strukturschwachen Kommunen, werden nicht gelöst. Zudem erkaufte sich jede Kommune ihren konsolidierten Haushalt durch Leistungskürzungen, Einsparungen in der Infrastruktur und steigende Belastungen der Bürger*innen.

Gerade wenn angesichts der aktuellen dramatischen Haushaltssituation wieder über Lösungen diskutiert wird, sollte in Erinnerung gerufen werden, was es tatsächlich braucht:

»Statt sich im Hamsterrad von Konkurrenz und Fördermitteleinwerbung ablaufen zu müssen, benötigen strukturschwache Kommunen deshalb kontinuierliche und verlässliche Ressourcenzuweisungen, mit denen sie die strukturellen Probleme des Schrumpfens angehen und Spielräume für die Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit erschließen können.« (Bernt/Liebmann 2013: 229)

Literaturverzeichnis

- Barlösius, Eva (2009): »Der Anteil des Räumlichen an sozialer Ungleichheit und sozialer Integration: Infrastrukturen und Daseinsvorsorge«, in: Sozialer Fortschritt 58, S. 22–28.
- Barlösius, Eva/Keim, Karl-Dieter/Meran, Georg/Moss, Timothy/Neu, Claudia (2011): »Infrastrukturen neu denken: gesellschaftliche Funktionen und Weiterentwicklung«, in: Reinhard F. Hüttl/Rolf Emmermann/Sonja Germer/Matthias Naumann/Oliver Bens (Hg.): Globaler Wandel und regionale Entwicklung. Anpassungsstrategien in der Region Berlin-Brandenburg. Berlin: Springer VS, S. 147–148.
- Bernt, Matthias/Liebmann, Heike (2013): »Zwischenbilanz: Ergebnisse und Schlussfolgerungen des Forschungsprojektes«, in: Matthias Bernt/Heike Liebmann (Hg.): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Wiesbaden: Springer VS, S. 218–231.
- Bertelsmann Stiftung (2015): Kommunalen Finanzreport 2015. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Brand, Stephan (2013): »Die Kommunalinsolvenz als Folge der kommunalen Finanznot?«, in: Wirtschaftsdienst 93(2), S. 87–93.
- Brenner, Neil (2004): New state spaces. Urban governance and the rescaling of statehood. Oxford: Oxford University Press.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2025): Ehrenamtliches Engagement in ländlichen Räumen. Berlin: BMEL.
- Cilek, Laura/Loichinger, Elke/Swiaczny, Frank/Schlömer, Klaus/Hoymann, Jana/Maretzke, Steffen (2025): »Future Subnational Population Change in Germany: The Role of Internal and International Migration«, in: Population Space and Place 31(1), e2871.
- Clarke, John/Newman, Janet (2012): »The alchemy of austerity«, in: Critical Social Policy 32(3), S. 299–319.
- Donald, Betsy/Glasmeier, Amy/Gray, Mia/Lobao, Linda (2014): »Austerity in the city: economic crisis and urban service decline?«, in: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society 7(1), S. 3–15.
- Freier, Ronny/Geißler, René/Raffer, Christian/Scheller, Henrik (2025): Kommunalen Finanzreport 2025. Knappe Kassen, große Aufgaben. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Harvey, David (1985): The urbanization of capital. Studies in the history and theory of capitalist urbanization. Baltimore: University Press.
- Heeg, Susanne/Rosol, Marit (2007): »Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext«, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften 37(149), S. 491–509.

- Jessop, Bob/Sum, Ngai-Ling (2006): *Beyond the regulation approach. Putting capitalist economies in their place*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Kallert, Andreas/Dudek, Simon (2023): »Die Stabilisierungshilfen in Bayern – ein Sonderfall unter den kommunalen Schuldenhilfsprogrammen?«, in: Martin Junkernheinrich/Stefan Koriath/Thomas Lenk/Anja Ranscht-Ostwald/Henrik Scheller/Matthias Woisin (Hg.): *Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2–2023*. Stuttgart: Berliner Wissenschafts-Verlag, S. 161–176.
- Kallert, Andreas/Dudek, Simon (2024): »Eine vergleichende Auswertung der Konsolidierungsstrategien in kleinen Kommunen fünf deutscher Bundesländer«, in: Martin Junkernheinrich/Stefan Koriath/Thomas Lenk/Anja Ranscht-Ostwald/Henrik Scheller/Matthias Woisin (Hg.): *Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2–2024*. Stuttgart: Berliner Wissenschafts-Verlag, S. 179–194.
- Kallert, Andreas/Dudek, Simon (2025): »The rural consolidation state. A critical examination of municipal consolidation strategies in Bavaria (Germany)«, in: *Political Geography* 121, 103379.
- Lebuhn, Henrik (2010): »Das Neue Steuerungsmodell und die (Markt-)Logik städtischer Verwaltungen«, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 21(83), S. 35–45.
- Lobao, Linda/Adua, Lazarus (2011): »State rescaling and local governments' austerity policies across the USA, 2001–2008«, in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 4(3), S. 419–435.
- Lundgren, Anna Sofia/Nilsson, Bo (2023): »For the good of the village: Volunteer initiatives and rural resilience«, in: *Journal of Rural Studies* 102, 103104.
- Peck, Jamie (2012): »Austerity urbanism. American cities under extreme economy«, in: *City* 16(6), S. 626–655.
- Person, Christian/Geißler, René (2020): »Ein Fass ohne Boden? Vier Jahrzehnte kommunaler Schuldenhilfen in Deutschland«, in: *dms – der moderne staat* 13(1), S. 191–216.
- Petzold, Tino (2018): *Austerity forever? Die Normalisierung der Austerität in der BRD*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Raffer, Christian/Scheller, Henrik/Rietzler, Katja/Kühl, Carsten (2021): *Baustelle zukunftsfähige Infrastruktur. Ansätze zum Abbau nichtmonetärer Investitionshemmnisse bei öffentlichen Infrastrukturvorhaben*. wiso direkt 24/2021.
- Raffer, Christian/Scheller, Henrik/Zahn, Frida von (2025): *KfW-Kommunalpanel 2025*. Frankfurt am Main: KfW.
- Rodríguez-Pose, Andrés (2018): »The revenge of the places that don't matter (and what to do about it)«, in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11(1), S. 189–209.
- Royer, Jeroen/Leibert, Tim (2024): »Suspended in time? Peripheralised and ›left behind‹ places in Germany«, in: *Geographica Helvetica* 79(3), S. 221–237.

- Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Streeck, Wolfgang/Mertens, Daniel (2010): »Politik im Defizit: Austerität als fiskalpolitisches Regime«, in: *dms – der moderne staat* 3(1), S. 7–29.
- tagesschau.de (2025): *Klamme Landkreise: »Das bringt die Demokratie in Gefahr«*. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/klamme-kommunen-100.html> vom 24.7.2025.
- van Dyk, Silke (2018): »Post-Wage Politics and the Rise of Community Capitalism«, in: *Work, Employment and Society* 32(3), S. 528–545.
- Zabler, Steffen (2021): *Kommunale Schulden in Deutschland. Instrumente zur Bekämpfung auf dem Prüfstand einer synthetischen Analyse*. Baden-Baden: Nomos.